

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Oberwall-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzusuchen) werden von fünfgepaltenen Beträgen je Zeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgepaltenen Beträge über deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklamé-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringelohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; für die Postämter in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 8 Rm. 65 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Inhalt.

Fürst Bismarck und die deutsche Social-Demokratie. Die Arbeiter als Mordbrenner. Deutscher Reichstag. Politische Uebersicht: Deutscher Reichstag. — Zur Strafgesetznovelle. — Aus der Budgetcommission. — Herr Dank. — Der „rothe Beder“. — Kiel. — Allerhand Brutalitäten. — Zur Berliner Arbeitslosigkeit. — Leo Hünkel. — Frankreich. — Thomassen. — Beneidenswerthe Cavilverförgung. — Zur Prostitution in Berlin. — Altona. — Leipzig. Korrespondenzen: Altona. — Coblenz. — Erfurt. — Berlin. — Gießen. — Bielefeld. — Osnabrück. — Wiesbaden. — Wln. — Barmen. Sprechsaal.

Fürst Bismarck und der Rückgang der Socialdemokratie.

Mit dem Rückgange der Socialdemokratie, welchen die Reptilienpresse zum Troste der Spießbürgerseelen in diesem Sommer mit entsephlichen Posaunenstößen in alle Welt hinausblies, hat es ein gar jämmerliches Ende genommen, und es kennzeichnet nichts besser die Rathlosigkeit und Zerfahrenheit der herrschenden Parteien, als daß dieselben jetzt kleinlaut bekennen, daß sie sich, betreffend den Untergang der Socialdemokratie, in leeren Träumen gewiegt haben. Ihr Triumphgeschrei schlägt in sein Gegenteil um, und schon hören wir das Jetermordis der Bourgeoisie nach Gewaltmaßregeln gegen die Socialisten; schon glauben sie aus jedem Champagnerglase flammendes Petroleum sich entgegenprudeln zu sehen.

Die lagenjämmerliche Ernüchterung der siegestrunkenen Socialistenreflexer hat aber jetzt einen noch nie dagewesenen Grad erreicht, seitdem ihr Orakel, Fürst Bismarck, selbst bei der letzten parlamentarischen Abfütterung ernstlich seine Befürchtungen über das Wachstum des Socialismus ausgesprochen hat. Wenn der „allmächtige“ Reichskanzler die socialen Wogen fürchtet und nicht mehr recht dem Schiffe trauen will, das Kaiser und sein Glück trägt, wie müssen dann die armseligen Nationalliberalen erst mit den Zähnen klappen, welche sich nur im Schatten von Käsekerstiefeln sicher fühlen!

Doch zur Sache selbst! Der getreue nationalliberale Wehrenpfeffer bringt über Bismarck's letzte Abendgesellschaft für die „Magdeburger Zeitung“ die Sensationsnachricht, welche diese Zeitung in nachstehender Weise wiedergiebt:

„Charakteristisch ist folgende Bemerkung, welche, wie von vertrauenswerther Seite mitgetheilt wird, Fürst Bismarck in der letzten parlamentarischen Soirée gemacht hat:

„Der Socialismus hat die allergrößten Fortschritte gemacht, weit größere, als Sie glauben, meine Herren; das wird sich bei den nächsten Wahlen bereits sehr deutlich zeigen. Schon nach einigen Jahren wird das Bürgerthum nach den Strafbestimmungen, die Sie jetzt einstimmig verwerfen wollen, Lezzen, wie der einsame Wanderer in der Wüste nach einem Schlud Wasser.“

Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Bismarck allerdings diesen Ausdruck gethan hat, und sind also in der nicht allzu häufigen Lage mit ihm vollkommen einer Meinung zu sein. Wenn die liberalen Bourgeois heute noch nicht, nach dem ihnen präsentirten „Lasterknäuel“ — vulgo Strafgesetznovelle — zum „Todtschlagen des Socialismus“ greifen, so werden sie es gewiß thun, sobald sie erkannt haben, daß das durch den Gründerschwindel geplünderte und gewiegte Volk sich dem Socialismus entschieden hinneigt. Allerdings in einer Hinsicht irrt auch Fürst Bismarck mit sammt den Getreuen, nämlich er bedenkt nicht, daß eine tief in den gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde Idee, wie der Socialismus es ist, durch kein Machtmittel vernichtet oder nur am Aufblähen gehindert werden kann. Und so sehen wir denn jenen zukünftigen Verfolgungen mit kaltestem Blute entgegen.

Recht hübsch ist es übrigens, daß die edle „Magdeburger Zeitung“, resp. ihr Wehrenpfeffer, nach Bismarck'scher Begeisterung und süßen Trankes voll, sofort mit lähnem Ruth an's Werk gegangen ist, durch Leitartikel die neueste Acta des rothen Gespenstes einzuweißen. Der brave Offiziose hat sich die Fabel vom Junker Alexander herausgesucht und in die Sprache des neunzehnten Jahrhunderts übersezt und wörtlich steht zu lesen am Schlusse jenes Leitartikels:

„Liberalerseits wird man niemals die Hülfe versagen, wenn es ernstlich darauf ankommt, die Autorität der Staatsgewalt zu stützen.

Wenn man uns aber zumuthet, unsere Hand zur Beschränkung der Presse, zur Verkümmernng des Vereins- und Versammlungsgerechts zu bieten, diesen ohnehin kärglich genug bemessenen Grundbedingungen der politischen Freiheit eines Volkes, dann allerdings wird man uns niemals auf Seiten Derer finden, welche solche Ansprüche an uns stellen. Das ganze auf dem Boden des Vaterlandes stehende und

innerhalb dieser Grenzen berechnigte Parteiwesen würde, wenn die betreffenden Paragraphen der Strafgesetznovelle Geltung bekämen, in unerträglich Weise eingeeengt werden. Etwas Anderes ist es mit den Parteien, welche auf jenem Boden nicht stehen und deshalb, wie im Feuilleton auch Holzendorff meint, unberechtigt sind: mit den Socialdemokraten und Ultramontanen. Kann man den Gesetzen eine Fassung geben, wonach nur diese Parteien unschädlich gemacht werden, so kennt der das Volk schlecht, welcher meint, daß es die Bewilligung solcher Gesetze bei den Wahlen nicht gutheißen würde. Es liegt in dem Worte Bismarck's über die Fortschritte der Socialdemokratie, welches unten in einer Berliner Korrespondenz uns mitgetheilt wird, sicherlich viel Beherzigenswerthes. Nur darf man, wenn man diese den Bestand der Gesellschaft bedrohenden Parteien bekämpft, nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten und mit diesen Parteien alle gesunde Freiheit vernichten wollen. Wäge der Scharfsinn freisinniger Gesetzgeber hier einen Ausweg finden!“

„Die Ruh des Junkers, Alexanders, Ja Bauer, das ist ganz was Anders!“

„Alle Freiheit für mich“, sagt der Liberale, „und kein Titelchen Freiheit für den Gegner.“ O, heilige Göttin Libertas!

Diese schönen Enthüllungen können uns und unseren Freunden übrigens nur recht angenehm sein. Wissen wir doch jetzt ganz genau, wohin sie zielen und worauf die neueste Bismarck'sche innere Politik gerichtet ist. Aber noch mehr als jene Repressiv-Gesetze, welche am Horizont derselben erscheinen, möchten wir unsern Lesern die Worte Bismarck's an's Herz legen: „Die nächsten Wahlen werden das Wachstum der Socialdemokratie kund thun!“ — Gewiß werden sie das und gewiß ist Bismarck ein scharfer Beobachter, der es zu tathen weiß, ob eine Partei stark oder schwach ist, ob sie vorwärts oder zurück geht. Wägen also alle unsere Parteifreunde es sich gesagt sein lassen, daß es nur an ihnen, an ihrem Eifer, an ihrer Hingebnng, an ihrer Opferwilligkeit liegt, um einen Fortschritt des Socialismus zu Wege zu bringen, vor dem selbst einen Bismarck ein Grauen beschleicht. Wir dürfen uns dadurch nicht sicher machen lassen, sondern es muß zu verdoppeltem Eifer uns anspornen. Alle Mann einig und rüstig Hand an's Werk gelegt, und Bismarck und Tessenorff, sowie der gesammte liberale Trost sollen noch weit mehr erleben, als sie jetzt vermuthen.

Die Arbeiter als Mordbrenner.

Bekanntlich ist ja dieser Ausspruch nicht mehr neu, aber die Stelle, an der wir ihm begegnet sind, hat uns befreundet. Während der letzten Wahlen war es allerdings nichts Seltenes, daß die gesammte Reaction, Fortschrittler, Liberale, Konservative und Ultramontane, bei jedem Brande, der zufällig in irgend einem Wahlkreise ausbrach, den socialistischen Arbeitern die Schuld in die Schuhe schoben — trotzdem es später bewiesen wurde, daß seitens ganz anderer Elemente der rothe Hahn auf das betreffende Dach gesetzt worden war.

So finden wir nämlich in der „Deutschen Landeszeitung“ bezüglich der in den letzten Wochen in Berlin vorgekommenen Sonnabends-Brände folgende Notiz: „Niemand in Berlin verschließt sich vor dem Gedanken, daß ein finsterner, unheimlicher Geist des Unmuths und Verderbens in den untersten Schichten des Volks herrscht — wer ihn heraufbeschworen, das wissen unsere Herren Nationalliberalen nur zu gut. — Gründer — oben, Petroleum — unten. Das scheint die artige Devise unserer Zeit zu werden.“

Allerdings recht artig von einem Blatte, das sonst, wie wir geglaubt haben, ein unbefangenes Urtheil im gegenwärtigen großen socialen Kampfe sich zu bewahren suchte.

Hätte beispielsweise die „Wiener Neue Fr. Presse“, die „National-Zeitung“, die langweilige „Post“ oder ein sonstiges nationalliberales, bezüglich sogenannt freikonservatives Blatt derartig geschrieben und mit dem Petroleum „gedroht“, wir hätten geschwiegen, da aus der bisherigen Haltung dieser Blätter sich nichts anderes erwarten läßt, wenn aber das Organ des Herrn Niendorf sich soweit vergrößert, so müssen wir doch zu der Ueberzeugung gelangen, daß, so sehr es auch die Tendenz eines Bourgeoisblattes abzustreifen bemüht ist und eine unparteiische Stellung in den socialen Streifragen einnehmen will, es doch seine Bourgeoisnatur im entscheidenden Augenblicke nicht verleugnen kann.

Die betreffende Notiz ist nichts Anderes, als eine offenkundige Denunciation gegen die Social-Demokratie. Und es sollte uns daher nicht Wunder nehmen, wenn eines schönen Vormittages, in der Redaction und Expedition wieder

eine Anzahl Behelmer und Befädelter erschiene, um nach Petroleum und sonstigen Feuer- und Mordinstrumenten zu suchen, und eine Anzahl von Parteifreunden als muthmaßliche Brandstifter der letzten großen Brände inhaftirte.

Wenn die „Deutsche Landeszeitung“ glaubt, daß das Wachsthum der social-demokratischen Bewegung durch das Ausstrengen solcher Gerüchte gehemmt werde, so wird sie sich gewaltig irren. Zwar ist es jetzt Mode, unter unsern Gegnern geworden, allerhand Schaubergeschichten über die Social-Demokratie zu berichten, aber wie es sich von selbst versteht, verlangen solche Märchen nur bei socialisten-freiherrlichen Bourgeois und Spießbürgern, die Mehrzahl des Volkes schenkt ihnen keinen Glauben.

Die Ideen des Socialismus graben sich tagtäglich tiefer in das Herz des Volkes ein, und je schroffer sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zuspitzen, je weiter die Kluft zwischen den arbeitenden und besitzenden Klassen sich dehnt, desto schneller werden auch die Parteien, die sich jetzt noch in ein arbeiterfreundliches Mäntelchen einhüllen, in das Lager der Kapitalmacht überlaufen, und wir vielleicht noch das Vergnügen haben, die „Deutsche Landes-Zeitung“ in Reich und Glied mit der „National-Zeitung“, der Wiener „Neuen freien Presse“ und anderen stehen zu sehen.

Die „Deutsche Landes-Zeitung“ wird uns hoffentlich hierauf die Antwort nicht schuldig bleiben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Dezember.

Die Sitzung wird gegen halb 12 Uhr vom Präsidenten vor fast leeren Hause eröffnet. Es sind im Saale kaum 60 bis 70 Personen anwesend.

Der Schriftführer verliest ein Schreiben, worin der Reichskanzler um Genehmigung der Verfolgung des in München erscheinenden „Zeitschrift“ wegen Beleidigung des Reichstags ersucht wird. Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung überwiesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung bildet die Interpellation der Abgeordneten v. Bernuth, Dr. Wagner, Dr. Römer (Warttemberg), betreffend die Regelung der Ansprüche der Hinteckbliebenen verstorbenen Reichsbeamten. Abg. von Bernuth begründet dieselbe.

Einer der Bundeskommissare beantwortet dieselbe dahin, daß bisher ein solches Gesetz noch nicht eingebracht worden sei, weil es sich zuvor um die nöthigen finanziellen Erhebungen gehandelt hat, diese seien eben im Gange.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Schulze'schen Antrags für Diäten.

In der General-Debatte ergriff Abg. v. Sauten das Wort und befragte über den vorliegenden Antrag ohne jede Debatte. Dieser Wink wurde von dem Abg. Valentini nur zu gut verstanden; er stellte den Schlussantrag. Dieser wurde auch angenommen und dem Abgeordneten Dahlkeich, an welchen Abgeordneter Liebkecht das Wort abgetreten hatte, um die Stimmenthaltung der Socialisten zu begründen, das Wort abgeschnitten.

In der unmittelbar darauf beginnenden Spezialdebatte konnte der Abg. Dahlkeich, in Rücksicht auf die Art, wie ihm das Wort abgeschnitten worden, sich nicht entschließen, das Wort nochmals zu verlangen. Da Liebkecht gerade durch einen Husten des Hauses auf einige Augenblicke aus dem Saale gerufen worden war und bereits wiederum der Schluss der Debatte brohte, so meldete sich rasch und unvorbereitet Bebel und begründete kurz die Stimmenthaltung, aber nicht ohne zweimal wegen angeblicher Beleidigung des Reichstags vom Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden.

Auf Antrag Valentini erfolgt Schluss der Debatte, und wird der Antrag Schulze in dritter Lesung mit großer Majorität angenommen.

Die zwei folgenden Punkte der Tagesordnung: 1) erste und zweite Berathung des Gesetzesentwurfs, die Beförderung und Beschäftigung polynesischer Arbeiter betreffend; 2) dritte Berathung des Gesetzesentwurfs, betr. die Naturalisation von Ausländern, welche im Reichsdienst angestellt sind, führen zu kurzen Debatten, die jedoch nichts Bemerkenswerthes darbieten.

Das Haus tritt hierauf in die Berathung des Elsaß-Lothringischen Haushalts-Etats. Es ist eben eine Berathung nur dem Namen nach, denn ohne Debatte wird in wenigen Minuten Alles gutgeheißen und bewilligt. Die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten scheinen gar nicht anwesend zu sein.

Stark wird debattirt über den 6. Punkt der Tagesordnung: erste und zweite Berathung, betr. die Abänderung des Art. 15 des Münzgesetzes (die deutschen Thalerstücke und — bis zum Jahre 1867 geprägten — österröichischen Vereinsthaler a 3 Mark in Zahlung zu nehmen). An der Diskussion theilnehmten sich die Abgg. Sonnemann und Bamberger und Bundeskommissar Finanzminister Camphausen. Letzterer sieht, wie immer, Alles in rosigen Farben und schließt mit der salbungsvollen Prophezeiung: der Uebergang zur Goldwährung werde sich in wahrhaft spielender Weise vollziehen — was durch die bisherigen Erfahrungen allerdings nicht bestätigt wird.

Abg. Reichensperger benutzt die Gelegenheit, um auf die schlechte Herstellung des Reichspapiergeldes hinzuweisen, das an Schönheit hinter dem englischen, an Dauerhaftigkeit weit hinter dem amerikanischen Papiergeld zurückstehe. Schließlich wird der Entwurf mit einem Amendement von Sonnemann, welches

die Frist des Inkrafttretens des Gesetzes von 3 auf 1 Monat herabsetzt, angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: zweite Beratung des Marine-Gesetzes, wird ohne eigentliche Debatte, mit Ausnahme einiger von der Budgetkommission vorgeschlagenen, übrigens unwesentlichen Änderungen, erledigt.

Schluss der Sitzung 3 1/2 Uhr Nachm.

Berlin, den 16. Dezember.

Beginn der Sitzung Vormittags 11 1/2 Uhr. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung (1. erste und zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Einführung des Gesetzes über die Postfreiheiten vom 5. Juni 1869 in Südböhmen, und zweitens zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Telegraphen-Verwaltung) werden rasch erledigt, und tritt das Haus noch vor 12 Uhr in die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes ein, zunächst des Etats für das Reichsheer. Zu Debatten von allgemeinem Interesse kommt es nicht, und sieht es von vornherein fest, daß das Budget im Großen Ganzen mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen angenommen werden wird.

Abg. Hasenclever erhält zu Kapitel 20 des Etats das Wort, um sich über die in diesem Kapitel verlangten Kommandanten-Posten für Frankfurt a. M. und Hamburg-Altona, die bekanntlich in den Motiven mit Hinweis auf die dort sehr stark verbreitete Arbeiterbevölkerung, resp. Social-Demokratie, gefordert werden, auszulassen. Abg. Hasenclever erklärt ausdrücklich, daß er nur in Rücksicht auf die Motive sich zum Wort gemeldet, da es ihm und seinen Parteigenossen bei der Höhe von Hunderten von Millionen, welche der Militär-Etat beansprucht, darauf nicht ankomme, ob eine Million mehr oder weniger beansprucht würde, sie stimmten gegen den ganzen Etat. Er wendet sich darauf zu einer Kritik der seiner Zeit über die Frankfurter Scandale ergangenen Beschuldigungen, welche jene Scandale der Social-Demokratie in die Schuhe geschoben hätten, obgleich sich nicht der geringste Beweis dafür habe aufbringen lassen. Besser als militärische Gouverneure sei es, das Vereins- und Versammlungsrecht dem Volke nicht zu verkümmern. Redner verweist auf die häufigen Versammlungsauflosungen in Altona, welche ganz willkürlich dort vorgenommen würden und große Erbitterung hervorgerufen hätten.

Selbstverständlich wurde der betreffende Titel doch bewilligt. Einige Scharnhügel zwischen Herrn Eugen, dem edlen Richter, als Vertreter der Budgetkommission, und dem Militärbehördenmächtigsten Voigts-Rheeb verdienen nur vom Gesichtspunkte der Lungengymnastik aus Erwähnung. Ob bei diesem oder jenem Punkt ein paar Tausend Mark mehr oder weniger in's Danaidenfaß geschüttet werden, ist höchst gleichgültig. Das sind — um eines Ausdrucks des englischen Schatzkanzlers und Ministerchefs Disraeli's zu bedienen, nur „kleine Floskeln“, da bei dem gewaltigen, das Herzblut erschöpfenden Aberlaß, welcher mit Billigung aller offiziellen Parteien, auch der Herren Fortschrittler, dem Volke appliziert wird, gar nicht in Betracht kommen. Es ist eine freche und politische Heuchelei, aus solchen Rücken Elephanten zu machen.

Aus dem traurigen Cicerlei der Militär-Budget-Debatte sind nur noch zwei Zwischenfälle hervorzuheben, die wenigstens Erwähnung verdienen: 1) die Ablehnung eines von der sächsischen Regierung in nicht ganz aufklärter Weise doppelt in Ansatz gebrachten Postens für Kasernenbauten, und 2) Hammelsprung über einen zu Mandovortweden bestimmten Posten, für den sich bei der gewöhnlichen Abstimmung seine erkennbare Majorität ergeben hatte, trotzdem es hieß, daß sehr hohe Personen die Ablehnung übel vermerken würden. Der Hammelsprung brachte natürlich die untadelhafte Loyalität an den Tag.

Gegen 4 1/2 Uhr wurde die Sitzung bis 7 Uhr Abends vertagt.

In der Abend-sitzung wurde der Rest des Tagespensums mit großer Unverfrorenheit abgearbeitet: letztes Drittel des Militär-Etats, Reichstags-Haushalts, allgemeiner Pensionfonds, Reichs-Invalidentfonds — Alles in zweiter Lesung —, es ging wie am Schnürchen; das parlamentarische Koff schaute vor keinem Hinderniß zurück und setzte über die aufgeschauften Millionen hinweg, als ob es Heuhaufen wären. Es ist so leicht, auf anderer Leute Kosten großmüthig zu sein.

Bei Beratung des Invalidentfonds hatte man einen Ueberfall der „Schwarzen“ erwartet; die „Schwarzen“ verhielten sich aber mäusehinstill — der Ausgleich schwebt in der Luft.

Die Frau- und die Vörsensteuer wurden sang- und klanglos zu Grabe getragen. Für erstere hatte bloß ein Mitglied der Rechten den Muth, aufzuziehen.

Um 9 1/2 Uhr konnten die Reichsboten nach Hause gehen oder wohin das Herz sie zog.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Hauptgegenstand der Tagesordnung: Musterchutzgesetz.

Sitzung vom 17. Dezember.

Anfang der Sitzung 12 1/2 Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist der Antrag Hasenclever's:

„Der Reichstag wolle beschließen: das gegen das Mitglied des Reichstages, Reimer, bei dem königlichen Preussischen Amtsgericht in Celle, wegen unerlaubten Geldsammelns in einer Volksversammlung schwebende Strafverfahren während der Dauer der gegenwärtigen Session aufzuheben.“

Der Antragsteller erzählt kurz den Thatbestand und macht darauf aufmerksam, daß die verschiedenen Gerichts- und Polizeibehörden in Bezug auf das Geldsammlen in Volksversammlungen den verschiedensten widersprechendsten Ansichten huldigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Beratung des Gesetz-Entwurfes, betr. das Brausteuer-Gesetz von 1872, führt zu einer kleinen Debatte über das Nürnberger Bier, dessen Güte von Reichensperger in Frage gezogen, von dem Nürnberger Abgeordneten, Frankensburger, mit großem Eifer verteidigt wird. Es fehlt bloß, daß der Reichstag sich als Biergericht konstituiert. Jedenfalls wird die Debatte ein Nachspiel haben — am Bierisch.

Auch der Hauptgegenstand der Tagesordnung, dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und an Modellen (Musterchutz-Gesetz) vermochte nicht die Gedanken des Hauses von den bevorstehenden Ferien abzuwenden. Vergebens wälzte Herr Reichensperger sich ab, durch einen mit allerhand Späßchen garnirten Vortrag über Kunst und alle möglichen anderen Dinge, ein paar Bravo's zu erhaschen: die bestgedrehtesten Witze prallten an der Gleichgültigkeit und Ungebuld der Mitglieder ab, wie Erbsen, die man gegen eine Steinmauer wirft. Nur rasch fertig!

Um 2 Uhr ist die Tagesordnung erledigt. So schnell hat die durch Schnellarbeit ausgezeichnete Gesetzfabrik: Deutscher

Reichstag, noch nicht gearbeitet. Nächste Sitzung (die letzte vor den Ferien) S. am Abend Vorm. 11 Uhr. Dritte Beratung des Etats.

Die Petitionskommission des Reichstages hat die Petition der Gesellschaft der Sonntags- und Arbeiterfreunde zu Duderow, Schuhmacher gegen Sonntagsarbeit und zu lange Arbeitstage betreffend, abgewiesen. Nach Vortrag durch die Referenten Hgg. Ackermann und Dr. Rousfang wurde beschlossen: die Petition für nicht geeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären, da nach der Mittheilung des zur Beratung zugezogenen Regierungskommissars, Herrn Landrath v. Redlich-Neufkirch, die Erhebungen, den Schutz der in Fabriken beschäftigten Frauen und Kinderjährigen gegen sonntägliche Arbeit, sowie gegen übermäßige Beschäftigung an Werktagen betreffend, noch nicht abgeschlossen seien, deren Ergebnis aber später dem Reichstage mitgeteilt werden solle und im Uebrigen die Anträge der Petenten Veranlassung zu legislativem Einschreiten nicht geben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Dezember.

Nach einer Mittheilung der „D. R. G.“ werden die Weihnachtsferien des deutschen Reichstages am künftigen Sonnabend bestimmt beginnen und bis zum 6. Januar des nächsten Jahres andauern.

In Bezug auf die Strafgesetz-Novelle und die bekannte Lasler'sche Rede zu derselben, der man gewiß nicht den Vorzug einer energischen Opposition gegen die Bismarck'schen Absichten nachrühmen kann schreibt das braue „Weltblatt“, die „R. S.“: „Lasler's Ansichten sind nicht überall die allgemeinen. Der ehrenwerthe Abgeordnete verteidigte mit großem Eifer und Sachkenntniß den Satz, daß das Strafgesetzbuch nicht zu milde sei. Die allgemeine Meinung des Volkes und nicht bloß der Reichsregierung ist dennoch: „Das Strafgesetzbuch ist an manchen Stellen zu milde.“ Das Volk, einschließlich seiner Rechtsgelehrten, wird seine Meinung nicht ändern, und wenn es vierzehn Tage Lasler's vom Himmel regnet.“ — Ganz gewiß, verehrte Kollegin am Rhein! Das Volk wird seine Meinung über den von der Regierung ausgehenden Vorschlag einer allgemeinen Straferhöhung nicht ändern, ob es nun Lasler's oder ob es „Weltblätter“ regnet; es müßte aber seine Meinung geradezu in das Gegenteil verkehren, wenn es die von Dir ausgesprochene sein sollte; denn was Du von dieser Meinung sagst, ist — gelogen! Wir glauben aber nicht, daß Dir, hochverehrte Preshwester, die Wahrheit unbekannt ist, und rufen Dir daher zu Ruh und Frommen aus einem alten Studentenliede zu: „Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, Das ist fürwahr ein e-r W-! —“

Die Budget-Kommission des Reichstages hat nach einer sehr erregten Debatte das Gesetz über den Reichs-Invalidentfonds angenommen. Der von der Regierung gemachte Vorschlag, den Invalidentfonds mit Schatzanweisungen des Reichs oder eines deutschen Bundesstaats und Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen anderer Staaten zu belegen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde bewilligt, daß die Frist für die vor dem 1. November 1875 ermordeten Prioritäts-Obligationen deutscher Eisenbahn-Gesellschaften bis zum 1. Juli 1880 ausgedehnt werde. Ein von den Mitgliedern der Centrumpartei gegen die Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds ausgesprochenes Tadelsvotum wurde mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Herr Banks aus Hamburg, der Vertreter des 6. Berliner Reichstagswahlkreises, entpuppt sich immer mehr als ein „netter Volksovertreter“. Wie wir in einer unserer letzten Nummern berichteten, hatte bekanntlich Herr Banks unsern Parteifreunde Deinsch brieflich erklärt, daß ihm jeder Grund fehle, sein politisches Programm seinen Berliner Wählern vorzutragen, und er auch in der zum 12. d. s. angezeigten Volksversammlung nicht erscheinen werde, da er noch außerdem sehr beschäftigt sei. Wie wir nun in Erfahrung gebracht haben, hat aber trotzdem der „vielbeschäftigte“ Herr Banks an demselben Tage (12. Dezember) in der Gartenstraße 13—14 einen social-politischen Vortrag gehalten, zu dem allerdings nur gegen Einladungen Zutritt erteilt worden ist. Bei der Diskussion, die sich an Banks' Referat anschloß, war jedoch von den anwesenden Arbeitern dem ehrenwerthen Doktor derart heimgeluchtet worden, daß er es vorzog, noch vor Schluss der Versammlung zu — verduften und die Diskussion — Diskussion sein ließ. Und solch ein Manx vertritt den sechsten Berliner Wahlkreis.

Der weiland „rothe Becker“, Oberbürgermeister von Köln und „Deutschlands größter Bürger“, der Er-Demokrat Classen-Rappellmann, haben dem Fürsten Bismarck einen Ehrenbürgerbrief der guten Stadt Köln überbracht! Wegen dessen, was er für die Freiheit Deutschlands gethan, wurde ihm der Bürgerbrief am Vorabend der parlamentarischen Debatte über die Strafgesetz-Novelle übergeben.

Die kaiserliche Oberpostdirektion zu Kiel hat unter dem 8. d. s. unter Journalnummer 16116 ein uns zugelommenes Rundschreiben an die Postanstalten ihres Bezirks erlassen, das uns weiterer Verbreitung werth erscheint. Das Rundschreiben hat folgenden Inhalt: „Das Abtragen der Pakete von den Landbriefträgern in Ihrem Bezirk soll so viel als möglich ausgedehnt werden. Zu diesem Zwecke sind in Zukunft Tragsäcke, welche der Sattlermeister H. in Kiel zum Preise von M. 5,10 anfertigen wird, zu verwenden. Die kaiserlichen Postanstalten werden aufgefordert, die Landbriefträger zur Anschaffung von derartigen Tragsäcken anzuhalten. Die Anschaffungskosten haben die Landbriefträger zu tragen, wogegen die Verfertigung der Säcke portofrei erfolgt.“ Das Porto also, welches der Verwaltung nichts kostet, will sie gern tragen. Dagegen sollen die Landbriefträger, welche bei einem Dienst von täglich ungefähr 10 Stunden — denn 4—5 Meilen in der Runde nimmt der tägliche Marsch in der Regel wenigstens in Anspruch — ein monatliches Gehalt von 15 Thalern erhalten, jetzt noch dieses im Hinblick auf ihr Einkommen verhältnismäßig sehr theure Handwerkszeug aus eigenen Mitteln beschaffen. Generalpostmeister Stephan nahm noch neulich Gelegenheit, zu versichern, daß ihm das Wohl der unteren Beamten seines Ressorts ganz besonders am Herzen liege.

Berliner Blätter schreiben: „Die auf dem Berliner Viehhofe an den Markttagen in letzter Zeit sowohl beim Treiben als auch beim Schlachten des Viehes vorgekommene Brutalitäten haben, dem Vernehmen nach, zu einer Weisung an das polizeiliche Aufsichtspersonal Anlaß gegeben, die bisher schon geübte Sorgfalt in Beziehung auf das

Treiben, wie auch auf das Schlachten des Viehes zu verdoppeln und gegen jede Thierquälerei mit der größten Energie einzuschreiten, sowie auch darauf zu halten, daß etwa sich zwecklos auf dem Markte umhertreibende junge Burken fortgemiesen werden.“

Was hier von Berlin gesagt wird, läßt sich wohl auch von vielen anderen großen Städten sagen und sind wir vollständig damit einverstanden, daß alle möglichen Schutzmaßregeln angewendet werden, um der Thierquälerei ein Ende zu machen. Leider wird aber bei dem Viehtrieb auf vielen Stellen und wir führen hier in erster Linie Hamburg-Altona an, so wenig Rücksicht auf das die Straßen passierende Publikum genommen, daß es für benannte Städte sehr zu empfehlen wäre, einen Schutzverein für Menschen zu bilden, welcher die von Viehtransporten belästigten Straßen unter seine Aufsicht zu nehmen hätte. Es ist in Hamburg-Altona kein Mangel an Polizei, wie und ja die vielen aufgelösten Versammlungen beweisen, aber daß Schutzleute, wie in Berlin, in den am meisten belebtesten Straßen aufgestellt würden zum Schutz und im Dienste des Publikums, dies übersehen man noch oft. Laut Polizeiverordnung muß jeder, selbst der kleinste Hund, mit einem Maulkorb versehen nur an der Leine geführt die Straße beschreiten, damit kein Malheur passiert. Ganze Hüge von 20 bis 30 Däsen und Käse können aber im vollen Trabe mit nur einem Treiber die Stadt durchrennen. Es sind uns seit kurzer Zeit fünf Fälle bekannt geworden, wo Personen auf solche Weise vom Hornvieh verkehrt worden sind. Sollte es da nicht geboten sein, daß sich die Polizei oder ein „Menschen-schutzverein“ der Sache annimmt?

Zur Arbeitslosigkeit in Berlin schreibt die „Concordia“: „Die in einigen Berliner Industrien, namentlich im Maschinenbau, erfolgte Stodung tritt neuerdings u. A. in dem überaus großen Andrang von Arbeitskräften im Depot der städtischen Straßenreinigung zu Tage. Mit Rücksicht auf den stattgehabten Schneefall waren vorübergehend etwa 20 bis 30 Arbeitskräfte mehr als sonst einzustellen. Die persönlichen Meldungen hierzu traten aber in einer übergroßen, mehrere hundert Köpfe zählenden Ziffer auf, so daß der dienstthuende Inspektor sich außer Stande sah, bei so großem Andrang irgend eine Auswahl zu treffen. Auch die Arbeitslöhne der Erd- und verwandten Arbeiter sind diesen Winter stark gesunken. Das mühsame und gesundheitsgefährliche Geschäft des Eisfahrens auf Flüssen und Seen, das im vorigen Winter noch 2—2 1/2 Thlr. täglich einbrachte, wird gegenwärtig mit 20—25 Sgr. pro Tag bezahlt.“ — Uns wundert es nur, daß die „Concordia“ die Schuld an diesem Rothstand nicht den Socialdemokraten in die Schuhe schiebt. Ober sollten die Herren jetzt schon etwas gelernt haben?

Leo Fränkel, ehemaliger Sekretär der Pariser Internationale, ist in Wien seitens der Polizei verhaftet worden. Bekanntlich ist er als Communard zum Tode verurtheilt, aber die Annahme, daß er an die französische Regierung ausgeliefert werden soll, ist jedenfalls unrichtig.

In Frankreich haben die Senatoren-Wahlen stattgefunden, bei welcher Gelegenheit die Orleansisten vollständig unterlegen sind, dagegen die Bourgeois-Republicaner gesiegt haben. Irgend eine nennenswerthe Anerkennung von diesen Leuten erwarten zu wollen, welche den noch immer fortwährenden Communarden-Verurtheilungen zusehen, wäre der hellste Blödsinn. Die Vesiger aller öffentlichen Tanz-, Concert- und Vortragstale von Paris sind von dem Polizeikommissar ihres resp. Viertels in offiziöser Weise bedeuert worden, ihre Lokale nicht mehr zu Privat-Versammlungen herzugeben, mit dem Bemerkten, daß sie, wenn die Unternehmers solcher Versammlungen in Untersuchung gezogen würden, als Mitschuldige vor dem Richter zu erscheinen hätten.

* Wie aus Bremen mitgeteilt wird, ist daselbst Thomassen, der Urheber der neulichen schrecklichen Katastrophe, verstorben.

* Bedenkenswerthe Civilversorgung. — Der Reichsanzeiger veröffentlicht regelmäßig eine „Balanzliste für Militär-Anwärter“, d. h. für solche Personen, welche durch 12jährigen aktiven Militärdienst civilversorgungsberechtigt geworden sind. In einer jüngst erschienenen Liste finden wir u. A. folgende offene Stelle:

Wetter (Stadt an der Ruhr) 2 Nachtwächter je 30 Ml. jährlich.

Ob das Gehalt in monatlichen oder wöchentlichen Raten, ob prä- oder postnumerando, ob es in 20-Markstücken oder 100-Mark-Roten gezahlt wird, ist leider darin nicht gesagt!

* Vor vierzig Jahren, am 7. Dezember 1835 fuhr die erste Lokomotive auf Deutschlands Boden auf dem Schienenwege zwischen Nürnberg und Fürth. Die Bedeutung dieses Ereignisses ist bereits heute so einleuchtend, daß die einfache Erinnerung an diesen Tag an dieser Stelle genügt. Bedenken wir die unermesslichen Fortschritte, auf deren Bahn und gewissermaßen die erste Lokomotive geführt hat, so giebt uns das den freudigen Trost, daß auch die Bestrebungen der wahren Menschlichkeit nicht gar zu lange mehr auf ihre Verwirklichung warten lassen werden. Der wahre Fortschritt ist auf jedem Gebiet ein Mitarbeiter zur Erreichung dieses Zieles; die erste Lokomotive ist ein unbestreitbarer Kämpfer für die Humanität geworden.

* Also 40 pCt. der Prostituirten Berlins rekrutiren sich aus den Familien des kleinen Handwerkerstandes! Das ist der Segen des gepriesenen „goldenen Mittelstandes“! Er scheut sich davor, in das Proletariat zurückzusinken, und so sinkt er denn noch unter dasselbe. Handwerker! Erhebt Euch zu wahren Proletariern, und Eure Töchter werden es nicht nöthig haben, sich der Prostitution in die Arme zu werfen.

* Die von uns seiner Zeit erwähnte Nachricht hiesiger Blätter, daß der Frau Stroussberg für die Dauer der Abwesenheit des Dr. Stroussberg eine Dotation von monatlich 1000 Thalern seitens der früheren aristokratischen Genossen ihres Gatten ausgesetzt worden sei, wird von einer der Frau Stroussberg nahestehenden Seite als thatsächlich unbegründet erklärt. Damit ist aber noch immer nicht gesagt, daß diese Summe nicht von anderer Seite oder durch dritte Hand der getrahten Gründer-Familie zuströmt.

* Am 11. Dezember ertheilte den „Armen Conrad“ auch an dem Orte seines Erscheinens, der „Vollstaal-Expedition“, das Verhängniß der Konfiskation. Der Grund dazu gaben zwei Stellen in dem Aufsatz über den englischen Socialisten Owen (S. 41 und 45), in denen von dem scharfen Auge des Staats-anwalt's Religions-schmähungen entdeckt worden waren. Die letzten fünfzig Exemplare von der zweiten Auflage wurden die Beute der Gerechtigkeit.

* In Altona wurde Parteigenosse A. Glaud während eines Vortrags von dem überwachenden Polizeibeamten plötzlich

unterbrochen und sofort verhaftet. Am selbigen Tage ist Parteigenosse Kojze, Vorsitzender der Holzarbeiter-Gewerkschaft, wegen Ungehorsams-Verdächtigung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das Geschäft blüht!

Seit dem 15. November d. J. wird in **Wittau**, der Hauptstadt von Wisconsin, einem der Vereinigten Staaten von Nordamerika, ein neues socialistisches Blatt, „Der Socialist“, herausgegeben, welches erfreulicherweise sofort solchen Anlauf fand, daß es schon nach achtzigem Erscheinen für Nordamerika ungewöhnlich kleines Format verdoppeln konnte.

Ueber die neuesten Verfolgungen der Social-Demokratie in **Altona** theilen wir Nachstehendes mit:

Ueber den Proceß gegen den Vorstand des social-demokratischen Arbeitervereins in Altona vor dem Altonaer Amtsgericht, Abtheilung Volksgericht, am 15. Dezember 1875, berichtet das „Hamb. Altonaer Volksblatt“ wie folgt:

Der Gerichtshof ist zusammengesetzt: Richter: Dumreicher, Schöffen: Winter — Bruder des vormaligen Vicepräsidenten Georg Winter in Ottenen — und eine unbekannte Persönlichkeit, Polizeiamt: Brütt. Es erschienen die Angeklagten Jorschner, Gundelach, Deigt und Schwarz, angeklagt, Vorsitzender eines Vereins zu sein, welcher bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten. Jorschner ergriff das Wort, er habe sich als Vorstand des social-demokratischen Arbeitervereins in Altona nicht mit dem Vorstand der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands — Sitz: Hamburg — in Verbindung gesetzt. Er sei zwar Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, sei aber noch niemals in einer Hamburger Versammlung gewesen und habe noch niemals dort gesprochen. Er zähle selbstverständlich als Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands vorhin seinen Beitrag. Gundelach sagt aus: Er habe mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands als Vorstand des socialdemokratischen Arbeitervereins in Altona durchaus nichts gemein. Auch er sei Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands und erhalte als solches für den gedachten Beitrag eine Karte. Hier unterbricht ihn Dumreicher und fragt, welches der Werth dieser Karte sei, worauf Gundelach erwiderte, für ihn habe sie einen Werth von 1/2 Groschen. Auf weitere Frage des Dumreicher, ob er sie, falls sie in einem Laden hinge, auch kaufen würde, bemerkte Gundelach: dann allerdings nicht, denn er wisse, das Geld, welches er für die Karte der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands zahle, werde für gute Zwecke verwendet und er wisse, daß dieser Verein die Interessen des arbeitenden Volkes vertrete. Deigt und Schwarz schloßen sich den Ausführungen ihrer Rede an. Brütt führt an, daß der Vorstand in Hamburg den Altonaer Verein nicht gegründet, aber doch sein Bestehen genehmigt habe. Seine Anklage laßt er zu begründen durch Mittheilungen aus den Versammlungen der Opposition. Weiter führt er an, daß der Altonaer Verein erst nach dem Gothaer Kongreß 1875 gegründet sei. Jorschner trat jedoch den Beweis an, daß der Verein schon 7 Monate — also 1874 — vor dem Gothaer Kongreß 1875 gegründet und von der Polizei genehmigt sei. Auf die Frage Dumreicher's, ob irgend einer der Angeklagten vom Kongreß gefandt oder dagewesen sei, antwortete Jorschner, er sei nicht dagewesen und überhaupt seien solche dagewesen, die dem socialdemokratischen Arbeiterverein in Altona nicht angehörten. Der Ober-Prosecutor Argel sagt als Belastungszeuge Folgendes aus: Er habe die Versammlungen der sogenannten Opposition stets überwacht, aus denen, die dort gehalten, könne er mit Bestimmtheit Folgendes anführen: Die Opposition sehe ein, daß weder der Vorstand in Hamburg noch der Ortsverein in Altona die Agitation ordentlich betriebe, sie hätten deshalb den Beschluß gefaßt, 1 Groschen mehr zu zahlen als der Ortsverein. Ferner berief sich Argel auf Aussagen Richter's, Stenzen Kamigann's, Reinhold's, Drogand's und Köppler's, welche sich dahin äußerten hätten, der Ortsverein stehe fortwährend in Verbindung mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands und sie als Opposition würden vom Vorstande jurdisch getrennt, der Ortsverein werde stets protegirt. Ueberhaupt würden die Mitglieder des Ortsvereins in diesen Versammlungen — der Opposition — auf die gemeinste Weise heruntergemacht. Ob der Ortsverein schriftlich mit dem Hamburger Verein in Verbindung gestanden, könne er nicht behaupten. Dumreicher meint, da Argel ferner aufsehe, daß der Ortsverein gleich nach der Beschlusseizung der beiden Parteien in diesem Jahre entstanden, er könne ja schon vorher vegetirt haben und sei dann in eine andere Bahn gegangen. Brütt hebt nochmals hervor, daß obige Aussagen Argel's nach Reuerungen Richter's, Kamigann's, Reinhold's, Drogand's und Köppler's gemacht seien. Nach Argel erhebt der Ober-Prosecutor folgende Behauptung: Er habe die Versammlungen des Ortsvereins überwacht, aus den dort gehaltenen Reden sei ihm klar geworden, daß die Redner von Hamburg aus förmlich kommandirt würden. Die Redner hätten sich sogar gestritten, wer von ihnen aus Hamburg geschickt sei. Der Altonaer Verein habe sein Konto in Hamburg und der Uebertrag fliehe nach Altona der Kosten für Agitatoren etc. nach Hamburg in die Hauptkasse. In Betreff der Gründung des socialdemokratischen Arbeitervereins bemerkt Weisse Folgendes: Als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein aufgelöst war, hätten die Mitglieder einen Wahlverein gründen wollen, da dieser aber von der Polizei nicht genehmigt wurde, hätte man den socialdemokratischen Arbeiterverein — Bebel-Verein — über die Richtung — wieder hervorgeholt. In diesen seien dann Sammtliche als Mitglieder eingetreten und dieses sei vor dem Gothaer Kongreß geschehen. Hier unterbricht ihn Brütt mit der Bemerkung, der Zeuge trete sich und sei damals noch nicht hier gewesen. Die Belastungszeugen sagen ferner aus, daß ein Zusammenhang des Altonaer Ortsvereins mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei deutlich aus einer Rede über die Unterführung Walter's hervorgehe, denn von den Hamburgern sollten 5 Thaler und der Rest von den Altonaern pro Woche bezahlt werden. Gundelach fragt durch den Vorsitzenden den Weisse zweimal, woher er wisse, daß Gelder nach Hamburg kämen. Dumreicher unterbricht ihn und sagt, er habe viele Worte gemacht und ihm keine bestimmte Frage vorgelegt, er ertheile deshalb Brütt das Wort zur Begründung der Anklage, der den Zusammenhang des Altonaer Vereins mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands nachzuweisen sucht und dann einen Antrag auf Beurtheilung der vier Angeklagten zu je 60 Mark event. 14 Tagen Gefängnis und Schließung des Vereins stellt. Jorschner bemerkt noch der Aussage Weisse's gegenüber, daß Weisse nur von Hörensagen über die Zusammenkunft etc. berichtet, er sage hier mit Bestimmtheit aus, die Lesersammlungen würden hier verwendet und die Redner würden von ihm selbst und nicht von Hamburger Vorstand hierher beordert. Gundelach tritt dem in Allem bei und bemerkt außerdem, daß der Altonaer Verein selbst einen Kassirer habe, sein Einkommen selbst buche und kein Konto in Hamburg habe. Deigt und Schwarz schloßen sich den Ausführungen Jorschner's und Gundelach's in allen Theilen an und sagen aus, sie seien niemals mit einem Vorstandsmitgliede der socialdemokratischen Arbeiterpartei in irgend eine Verbindung getreten. Sammtliche Angeklagte beantragten deshalb eine kostenlose Freisprechung. Erkannt ward dem Antrage Brütt's gemäß am 15. Dez. event. 14 Tage Haft und Schließung des Vereins.

Während dieses Urtheil gefällt ist, haben sich in Altona die Polizeischwierigkeiten verdoppelt. Es scheint dort bei der Polizei dieselbe irrige Ansicht über das Vereinswesen aufgetaucht zu sein, wie sie vor anderthalb Jahren in Berlin herrschte, dort oder nach der Freisprechung Haffelmann's und Reimers's reaktivirt werden mußte. Nach Redaktionsschluss wird uns nämlich berichtet, daß am Mittwoch wiederum eine Volksversammlung vom Ober-Prosecutor Weisse aufgelöst wurde, und zwar gleich bei Wahl des Bureau's. Es lag also seiner der beiden gesetzlichen Gründe vor. „Mißbilligung der Bescheinigung“ und „Erörterung ungesetzlicher Anträge“. — Ganz in derselben Weise wurden feinerzeit in Berlin 12 Versammlungen im Laufe von 14 Tagen sofort aufgelöst, sobald ein früheres Mitglied des Allg. deutschen Arbeitervereins ins Bureau gewählt wurde, oder als Redner auftrat. Es wird für die Altonaer Parteifreunde jedenfalls das Beste sein, die Polizei direct zur Denunciation einzufordern und dann in gerichtlicher Verhandlung zu beweisen, daß es sich um Volksversammlungen und keine Vereine handelt. Die Parteifreunde haben sich bereits, da sie als unnütz erachteten, sich bei der nächsten vorgesetzten Behörde zu beschweren, mit der Beschwerde über die stattgehabten Ver-

sammlungsauflösungen durch den Oberprosecutor Weisse direct an die Regierung zu Schleswig gemeldet, bis jetzt aber ist keine Antwort erfolgt. Sofort nach der Auflösung am 15. d. wurde folgende Depesche an dieselbe gefandt:

„A. Regierung zu Schleswig. Heute Abend wurde eine Volksversammlung im Unionsaal ohne jeden gesetzlichen Grund gleich bei Bureauwahl aufgelöst. Unterzeichneter verlangt sofortige Untersuchung gegen betreffenden überwachenden Beamten Weisse, durch dessen wiederholtes Vorgehen das Versammlungsrecht für den in Altona wohnenden Staatsbürger völlig illusorisch gemacht wird. H. Gundelach, Friedrichsbaderstraße 84. Rückantwort bezahlt.“

Wir kommen auf die Sache noch zurück.

Parteifreund Karl Frohne wird am 19. d. aus seiner 9monatlichen Haft in Coblenz entlassen.

Parteifreund A. Kapell wird nächsten Montag, den 20. Dezember, Vormittags, das „rothe Schloß“ am Plözensee nach dreimonatlicher Haft verlassen.

Essfurt, 15. Oktober. (Gerichtsverhandlung und Freisprechung.) Es wird einem Theil der Leser dieser Zeitung noch im Gedächtnis sein, daß ich vor längerer Zeit auf eine Anklage gegen mich aufmerksam machte. Es wird nun der Vorgang der Sache gegenfalls nicht uninteressant sein und lasse ich diesbezüglich den Inhalt folgen. Am 11. Oktober 1874 sollte in Jbdenbüren in Westfalen eine Volksversammlung stattfinden. Nachdem mehrere vor dem verweigert worden, durfte diese abgehalten werden, d. h. so lange tagen, als es die Polizei für gut befand. Dies währte aber keine 5 Minuten, denn es wurde „im Namen des Gesetzes“ die Versammlung aufgelöst. Die Polizei begleitete mich nachdem noch mit väterlicher Fürsorge. Im Wartesaal zu Jbdenbüren wurde mir der Aufenthalt verweigert; auf meine Beschwerde bei der Eisenbahn-Kommission (Abtheilung für Beschwerde-sachen) zu Hannover wurde mir der Befehl, daß mir so wenig wie anderen Personen resp. Passagieren der Aufenthalt verweigert werden könne, wenn nämlich nicht mit meiner Anwesenheit ein besonderer Zweck verbunden gewesen. Es hätte sich bei den stattgehabten Recherchen herausgestellt, und zwar nach dienstlicher Aussage der Polizei zu Jbdenbüren, daß im Wartesaal daselbst eine polizeilich aufgelöste Versammlung unter meiner Leitung hätte fortgesetzt werden sollen. Diese Behauptung brauche ich wohl nicht zu widerlegen. Auf meine Beschwerde wegen Auflösung einer Versammlung wurde mir zum Bescheid, daß Anklage gegen mich erhoben wäre, wegen Uebertretung des § 130 des Str.-G.-B. Niemand schaute mehr wie ich und meine Parteigenossen, welche in jener Versammlung zugegen gewesen. Am 1. Dezbr. 1874 wurde ich diesbezüglich vor dem Untersuchungsrichte vernommen. Lange, sehr lange, hörte ich nichts. Da endlich, im Monat September d. J., wo ich mich im Gefängnis zu Osnabrück befand, bekam ich eine Einladung zum Termin, welcher aber wegen meiner Haft ausgesetzt wurde. Endlich, nun am 2. Dezember d. J., hat das Kreisgericht zu Tecklenburg die Sache verhandelt. Die von mir benannten Entlastungszeugen sollten, nach Angabe des Gerichts, geladen werden, was aber nicht geschah. Ich selbst, meiner Unschuld bewußt, erschien auch nicht im Termin, sondern schickte ein mir zahlreich zu Gebote stehendes Verteidigungsmaterial ein, welches die Qualifikation der Anklage genügend kennzeichnete. Das Gericht hat, nach dem mir zugegangenen Erkenntnis, auf kostenlose Freisprechung erkannt, was gewisse Personen jedenfalls nicht erwartet hatten. So angenehm es immerhin sein mag, freigesprochen zu werden, wenn man unschuldig ist, so bin ich doch jetzt hieron nicht sonderlich erbaud, weil in dieser Sache sich noch in der zweiten Instanz etwas abgewickelt haben würde, welches jetzt im Dunkel bleibt, vielleicht appellirt der Staatsanwalt noch. Eventuell werde ich das interessante Erkenntnis veröffentlichen. A. H. Klute.

Berlin, 16. Dez. (Versammlungs-Auflösung.) Mittwoch, den 15. d. s., fand eine Versammlung von Büchern und verwandten Berufsgelehrten im Lokale des Herrn Bogel, Alexanderstraße 31, statt. Die Tagesordnung lautete: Bericht der gewählten Kommission, Herr Heintz eröffnete die Versammlung und wurden die Herren Boen als erster, Siedte als zweiter Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer gewählt. Hierauf verlas Herr Knab die ausgearbeiteten Statuten und es wurde zunächst über den Kopf des Statuts gesprochen. Es wurde durch Abstammung beschlossen, daß er sich beizeln sollte: „Unterstützungs-Verein der Bücher Bekannten“. Dabei wurde aber die Versammlung durch den überwachenden Polizeileutnant aufgelöst und die Anwesenden aufgefordert, sofort das Lokal zu verlassen. G. Schmidt.

Berlin, (Versammlung.) Dienstag den 14. Dezember fand in der Sophienstraße 15 eine große General-Versammlung der Schmiedegesellen statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Zwangskasse, die freie Kasse und die Ausführungen des Herrn Schneider in der Versammlung vom 23. November“. Ins Bureau wurden gewählt: Herr Jacob als erster, Herr Riey als zweiter Vorsitzender und Unterzeichneter als Schriftführer. Herr Jacob übernahm das Referat und legte die Grundlage der Zwangskasse in solcher Weise dar, daß es unmöglich sein kann, dasselbe als ein Musterstatut anzuerkennen. Redner führte folgende Paragraphe an: 2, 4, 6 und 27, diese gäben schon ein sicheres Verhältniß dafür ab. Herr Müller wurde darauf hierzu das Wort erteilt (Ausschuss-Geselle der Zwangskasse) und war derselbe nicht im Stande, die Ausführungen des Herrn Jacob zu widerlegen. Derselbe deutete auch mit kurzen Worten darauf hin, daß eine Verbesserung der Lage der Schmiedegesellen in allen Städten notwendig sei, und führte ferner an, daß die alte Kasse mit 200 Thlr. verschuldet sei, und wenn nicht das Krankengeld erniedrigt würde, die Schulden sich auf ein Doppeltes vermehren könnten. Herr Fellenberg nahm hierauf noch das Wort. Derselbe sprach über die Schulden der alten Kasse, daß dem Bernehmen nach noch höhere Schulden vorhanden sein könnten. — Nachdem noch mehrere Redner über das Herbergswesen gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen. N. Reichardt.

Gießen, 16. Dez. (Allgem. deutscher Schneider-Verein.) Nachstehend veröffentliche ich die Abrechnung der Gewerkschaft pro Monat Oktober. Bestand laut Abrechnung v. 3. Quartal 1874: 46. Einnahmen: Von Barmberg 3. Quartal 12.00. Kostod 3. Quart. 13.82. Kostod pr. Oktober 5.90. Wörzheim 3. Quartal 0.14. Harburg pro August, September und Oktober 10.45. Fulda pro Oktober 12.50. Altona 8.00. Kugsburg 50.68. Halle a. S. 15.49. Mühlhausen i. Th. 5.23. Schwerin 9.00. Leipzig 65.14. Hamburg 88.50. Mainz 3.70. Barmen 14.59. Elm 12.38. Braunschweig 51.28. Osnabrück 8.27. Darmstadt 3.78. Stuttgart 11.39. Nürnberg 16.70. Gießen 16.80. In Summa 2198.14. Ausgaben: Gehalt des Geschäftsführers pro September 45.00. Agitationsreise desselben nach Frankfurt a. M. 5.90. Der Expedition des „Volksstaat“ incl. der bei dem Kongreß entnommenen Volksstaat-Nummern 13.50. Der Expedition des „Neuen Social-Demokrat“ 12.00. 5 Stück Mitgliedschafts-Stempel a 5.25. 6 Stück Quittungs-Stempel a 1.25 gleich 7.50. Schreibmaterial und Emballage pro Oktober 6.45. Porto- und Abonnement-Ausgaben pro Oktober 44.40. In Summa 159.75. Bilanz: Einnahmen 2198.14. Ausgaben 159.75. Bleibt Bestand 2038.39. — In folgenden Städten haben sich neue Mitgliedschaften gebildet: Frankfurt a. M.: Bevolm. A. Bräunung, Hainer Hof 2. Dortmund: Bevolm. J. Kellshöfer, Kölnstr. 1. Ppohor: Bevolm. C. Kreuzberg, Frlschmiede. Minden: Bevolm. Th. Dillermann, Brüderstr. 567. Bielefeld: Bevolm. A. Giesdorf, Ritterstraße 313/14. Gagen: Bevolm. A. Schneider, bei Gebrüder Ripper, Oberfeldstr. Schleswig: Bevolm. C. Badenhop, bei Wwe. Rüd. Langestr. 20. Rendsburg: Th. Krebs, Eberfeldstr. 33. — In nachstehenden Städten sind die Adressen der Bevollmächtigten nach der letzten Veröffentlichung zu verzeichnen: Braunschweig: D. Pepsies, Röhliche Mühlengasse 42. Chemnitz: G. Wirth, Marktgraben 4. 2 Tr. Eberfeld: J. Buh, bei R. Thomajer, Kölnstr. 78. Erfurt: G. Schäfer, Steinstr. 14. Eisenach: E. Fensle, Reustadt D. 213a. Fulda: J. Ederoth, Königstr. Schwab. Gmünd: H. Bieg, bei Musikus Post. Hinter dem Spital. Halle a. S.: C. Hennig, Kl. Sandberg 21, Hof rechts, 1 Tr. Hannover: Fr. Dring, Osterstr. 75. Leipzig: A. Jipfel, Wlagoitzerstr. 13. 4. Et. Mainz: K. Jäger, Scharenstr. 15. Kostod: W. Marxmordt, Mühlstr. 16. Mit brüderlichem Gruß J. A.: B. Kierz.

Bielefeld, 6. Dez. (Sammtlichen Tischlern Deutschlands) zur Nachricht, daß am 8. d. s. in Bielefeld am Refektorium beim Wirth R. Kahl der Tischlerverehr resp. die Tischlergesellen-Verehr errichtet ist. Der „Neue Social-Demokrat“ und „Volksstaat“ liegen aus. Sammtliche Kollegen werden ersucht, während ihrer Durchreise daselbst zu verkehren. Mit social-demokratischem Gruß W. Rayne.

Osnabrück, 15. Dez. (Zur Beachtung für die deutschen Steinmetzen.) Da hierorts auf einem Plage ein Strich eingetreten ist, ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, den Zugang nach hier fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. August Friederich.

Wiesbaden, den 15. December. (Allgemeiner Deutscher Tischlerverein.) Den Bevollmächtigten zur Nachricht, daß das Abonnement der „Union“ bei der Redaktion zu bestellen ist. An dieselbe sind auch die Gelder zu schicken und wird um rechtzeitige Bestellung gebeten. Ferner theile ich den Mitgliedern, sowie sammtlichen Kollegen mit, daß sich am 9. August dieses Jahres zu Dresden ein Arbeitgebendegründet hat. Das Motto desselben ist: Schadloshaltung bei ausbrechenden Streiks und behufs dessen Aufstellung eines gemeinsamen Lohn tariffs für Sachsen und Thüringen. Kollegen! die Ihr noch keiner Organisation angehört, merkt's Euch und tretet unserer Vereinigung bei. Deshalb mache ich es den Mitgliedern doppelt zur Pflicht, immer mehr für die Gemeinwohl einzutreten und überall, wo es gilt, sich uns als Brüder zu zeigen, damit wir in der Noth nicht allein stehen. Gedankt der armen Langensalzer Weber! Steuert rasch Euer Scherlein bei und schickt es ab, denn schnelle Hülfe ist die beste! Da der Tischlergehülfe Gustav Oskar Müller, aus Soremburg, 24 Jahre alt, auf unsere Aufforderung nicht von sich hat hören lassen, derselbe aber hier noch Verschiedenes zu berichtigen hat, so warnen wir alle Kollegen und Meister vor demselben. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses gebeten. Mit collegialischem Gruß Jos. Schweix, Vorsitzender, Karstr. 28. Reinhold Ballschweiler, Kassirer, Rheinstr. 70.

Cöln, 16. Dez. (An die hiesigen Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat“.) Es ist Vorsorge getroffen, daß ich den „Neuen Social-Demokrat“ in derselben Weise wie den „Volksstaat“ folpfortiren kann und ersuche die hiesigen Abonnenten, ihre Bestellung frühzeitig bei mir machen zu wollen. Auch werden Monats-Abonnements angenommen. Auf die „Neue Welt“ kann gleichfalls bei mir abonniert werden. Der Abonnementspreis ist derselbe, wie bei der Post. Für pünktliche Bedienung wird gesorgt werden. Mit bestem Gruß Jos. Rißmann, Ehrenstr. 88.

Barmen, 16. Dez. (Arbeiter Barmens!) Ein neues Quartal legt Euch die Pflicht auf, Eure Abonnements auf den „Neuen Social-Demokrat“ und „Volksstaat“, die mit diesem Monat ablaufen werden, zu erneuern. Diejenigen, welche mit der Zahlung ihrer Abonnements für das alte Quartal noch im Rückstande, werden ersucht, dies bis zum 24. Dez. d. J. mit dem Kolporteur zu regeln. Derselbe wird von diesem Tage an die Beträge für das neue Quartal entgegennehmen. Nachstehende Liste enthält die Namen der Gastwirthe, welche obige Blätter auslegen. Sollten einige Wirthe vergessen sein, so wollen sie uns ihre Adressen gefälligst zukommen lassen. Das Jahr 1876, in das wir hineintreten im Begriff sind, ist ein äußerst wichtiges, weil wir in ihm abermals in die Schlachtpfanne eintreten. Der Ernst des Augenblickes muß die unter Euch, die unablässig im Kampfe gegen die Kapitalmacht und den Despotismus mitgewirkt, zu verdoppelter Energie anspannen; die aber, welche aus irgend welchen feindseligen Gründen vom Kampfsplatze zurückgetreten waren, unter der Fahne des Kampfes für die Rechte der Arbeit auf's Neue vereinen. Ihr Alle aber habt die Auffassung unserer noch indifferenten Brüder nicht einen Moment aus den Augen zu verlieren. In der Verbreitung der socialistischen Presse, unserem mächtigsten Bundesgenossen, werdet Ihr diese Aufgabe am besten erfüllen. Wenn seine gedrückte Lage nicht gestattet, allein auf obige beide Blätter zu abonnieren, der verbinde sich zu dem Zwecke mit zwei, drei Freunden. Arbeiter Barmens! beweiset, daß der Geist des Wuppertales der alte ist!

Die Zeitungskommission. Im Auftrage: A. Schliefinger. Den „Neuen Social-Demokrat“ halten: Berger, Ködigerstr. Berg-haus, Altmarkt. Bedford, Kupferstr. Brunnabel, Alleestr. Baitefeld, Hechinghauserstr. Dahl, Poststr. Eickhoff, Canaperstr. Fiedt, Alleestr. Gähring, Alleestr. Dappen, Loh. Häfen, Verläng. Ober-Dörnen. Korloh, Canaperstr. Knapp, Fischerdahl. Kammann, Bartholomäustr. Lüneburg, Altmarkt. Luidhaus, Oberheidt. Lependeder, Alleestr. Manke, Ködigerstr. Morian, Alleestr. Pieper, Kleinen Werth. Pücker, Seelhofriedrichstr. Speiterbach, Ober-Dörnen. Schmitz, Unter-Dörnen. Schmiadler, Alleestr. Sonnenstein, Gasstr. Schröder, Seelhof. Trommel, Hechinghauserstr. Weller, Hechinghauserstr. Von Schreen, Loh. — Den „Volksstaat“ halten: Berger, Ködigerstr. Pieper, Kleinen Werth. Sauer, Gewerbeschulstr. Weller, Hechinghauserstr.

Die beste Welt.

Betrug gewinnt Millionen,
Der Arbeit fehlt's an Brod —
Es prassen und schmaufen die Drohnen,
Die Bienen leiden Noth.

Der Ehrenmann unterliegt,
Der Freuler frech stolziert,
Die Heuchelei obsteiget,
Das Laster triumphirt.

Der Mächtige kann sich erlauben,
Was ihm nur immer gefällt,
Und da soll das Volk noch glauben,
Daß dieses die beste Welt.

(„Braunschweiger Leuchtflugel“.)

Sprechsaal.

Duisburg, 12. December 1875.

Die Presse unserer Gegner.

Es wird wohl nicht überflüssig sein, wenn man von Zeit zu Zeit im Sprechsaal der Parteipresse die national-liberalen und Kerikalen Blätter illustriert, damit die jüngeren Parteigenossen erfahren, welcher Mittel sich diese Partei bedient, um die indifferenten Arbeiter gegen uns aufzuheben. Es ist allbekannt, daß sich der Mensch von dem Hergebrachten und dem zum Zufall Orientierten nur ungern lossagt. Besonders ist das bei denjenigen Arbeitern zu finden, die nicht Gelegenheit oder Mittel gehabt haben, sich in ihrer Jugend so auszubilden, daß sie später erfahren können, was ihnen am meisten Noth thut, um ihre Lage zu verbessern und sich von denjenigen zu emancipiren, die sie körperlich wie geistig ruiniren. Am meisten finden wir dies in der religiösen Frage; deshalb hat die Priesterkaste auch noch immer einen netten Anhang. Glauben ja noch so viele Arbeiter, daß ohne die bestehende Religion die Welt nicht weiterexistiren könne!

Darum kann es nur von Nutzen sein, wenn man durch unsere Presse das Treiben dieser Gesellen bekannt macht. Ob protestantisch gescheitelt oder katholisch gescheitert, das hat die Geschichte gelehrt, diese Herren bleiben sich alle gleich. Immer und immer sinnen sie wieder auf neuen Zwang, und jedes Mittel ist ihnen heilig, um die Menschheit wieder in denjenigen Zustand des Mittelalters zu bringen, wo noch Inquisition und Inquisitionen möglich waren.

Was der Arbeiter von diesen Seelenhirten zu erwarten hat, darüber belehrt uns gestern wieder einmal die „Rhein- und Ruhr-

Zeitung". Dieselbe schreibt nämlich: "Duisburg, 9. December. Aus der Gracchenschaft Wörz geht einem wichtigen evangelischen Pastoren des nachfolgenden Schreibens zu, welches wir zur Beherzigung unserer Mitbürger angelegentlich empfehlen. Dasselbe lautet:

"In Nr. 284 der Rhein- und Ruhr-Zeitung", der zweiten Ausgabe, fand ich von Duisburg aus eine Aufforderung, für die brodlos gewordenen Arbeiter eine Suppenanstalt zu errichten. Einerseits freute mich das, andererseits dachte ich: Ist denn noch nicht für diese Leute gesorgt? Das Hochfeld ist voll Fabrikarbeiter. Wie ich höre, ist am Rhein schon große Unsicherheit, man gehe ungern über die Rheinhauser Brücke. Bis hierher kommen die Leute schon bei Tag und Nacht. — (Dem Pfafflein graut es!) — Es wäre ein Unrecht, die Hälfte den Armenlassen zuzuschreiben, die haben ohnehin genug zu thun. Hunger und Frieren thun weh und treiben den Menschen, aber wohin? Jetzt wäre es Zeit, den Arbeitern zu zeigen, daß ihre socialistischen Verführer Unrecht haben; wenn Alle sich vereinten, ihnen Nahrung, Kleider und Heizung zu verschaffen nach Bedürfnis, und dann könnte man ihnen noch etwas Besseres für ihre Seele mitgeben. (Ost, daß der arme Mann doch auch Etwas thun will!) Wenn nichts für sie geschähe, so hätten wir damit ihren Verführern Recht gegeben und wären selber Schuld, wenn ihre Bitterkeit gegen die Besitzenden größer wird und endlich losbricht. Wer wäre dann in Duisburg, der diese Sache in die Hand nähme? Ließe sich nicht ein Comité von praktischen und wohlwollenden Leuten bilden, das die Fabrikherren und alle Wohlhabenden und wer sonst ein mildes Herz hat, zu Hilfe aufriefe und die Sache organisierte? Man kann ja erfahren, wie viele Arbeiter ganz entlassen sind, wie viele nur theilweise, und wie weit Letztere mit dem geringen Lohn noch reichen können. Wundere Dich nicht, daß ich Dir darüber mein Herz ausschütze. Ich habe immer schon im Interesse des Erziehungsvereins so viel als möglich für die Arbeiter gesprochen. Sodann dachte ich, daß Niemand jetzt gleichgültig sein darf."

So weit das Pfafflein, das wohl selbst gern für die Seele, weil dies eben am billigsten ist, aber nicht für den Leib sorgen möchte, und selbst zu feig oder zu dumm ist, um dem Uebel auf den Leib zu gehen.

Zur Illustration unserer national-liberalen Presse und der Consequenz ihrer Redacteure mögen für heute nur einige Auszüge aus einem Leitartikel dieser Rhein- und Ruhr-Zeitung vom 11. d. genügen.

Bekanntlich hat auch diese Zeitung immer vom Rückgang der Socialdemokratie geredet. Jetzt auf einmal wird es ihr bange und schreibt dieselbe: „Angesichts (siehe die Nummern des Neuen Social-Demokrat) der großen Zahl wichtiger Tagesfragen von unmittelbar aktueller Bedeutung ist die öffentliche Aufmerksamkeit von der socialdemokratischen Agitation seit einiger Zeit in größerem Maße abgelenkt worden, als für die auf dem Spiele stehenden Interessen zuträglich ist.“ Dann schildert sie unsere Ertrugenschaft bei den letzten Erntewahlen und fährt fort: „Vor Allem darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Organisation der socialistischen Elemente in Deutschland seit den letzten allgemeinen Wahlen ungleich kräftiger geworden ist. Die einheitliche Zeitung, welche durch die Verschmelzung der Lassalleaner und der Eisenacher erreicht wurde, hat sich, so viel der Außenstehende beurthei-

len kann, trotz der zahlreichen Rivaltäten) vollkommen bewährt“ und dergl. mehr.

Man sieht hiermit, daß der Liberalismus nur Schein ist und die Vorlagen zur Strafgesetznovelle in den Augen dieser sog. „Liberalen“ noch nicht scharf genug sind.

Bermischtes.

(Ein schauerlicher Fund.) Wie der „Austri Mir“ erzählt, wurden unlängst im Hofraume des Jolkantes in Petersburg, beim Graben einer Wasserleitung, drei unterirdische Gewölbe entdeckt, die noch ganz gut erhalten waren. In diesen Gewölben fand man acht über und über mit Ketten beladene Sclavinnen. Die Ketten waren so schwer, daß sie die Arbeiter kaum heben konnten. Offenbar hat die Hand, welche diese Unglücklichen in den unterirdischen Kerker geworfen, ihnen einen entsetzlichen Tod bereitet — den Hungertod.

Aus Genf wird folgender Aufruf erlassen: „Da ich von einer hiesigen Arbeitergesellschaft französischer Sprache beauftragt bin, über die Frage, in welcher Weise und durch welche Mittel billige, gesunde und hinreichende Wohnungen für die Arbeiterbevölkerung hergestellt werden können, allermächtigst das derzeit gebotene Material zu sammeln und zu einer Denkschrift zusammen zu stellen, so ersuche ich hiermit die werthen Parteifreunde, mir das in dieser Beziehung zu Gebote stehende Material, wenn auch nur auf einige Zeit leihweise, entweder direkt oder durch Vermittelung der „Volkstaat“-Expedition gefälligst zugehen zu lassen. Dahin gehören Statuten von Bauvereinigungen, Baupläne mit Kostenanschlägen, Berichte über hergestellte und benutzte Arbeiterwohnungen, Schilderungen über die an vielen Orten herrschende Wohnungsnoth u. s. w. Mit brüderlichem Gruß: Johann Philipp Beder, Prö l'Evêque 35.“

Quittung.

Für den Preßfonds zur Gründung einer Berliner Tageszeitung gingen folgende Subscriptionslisten ein: Nr. 2. 10,25. — Nr. 4. 19,00. — Nr. 5. 15,35. — Nr. 10. 4,75. — Nr. 14. 6,00. — Nr. 17. 1,50. — Nr. 18. 11,77. — Nr. 20. 5,50. — Nr. 21. 4,50. — Nr. 23. 21,25. — Nr. 26. 13,00. — Nr. 27. 6,00. — Nr. 31. 4,35. — Nr. 33. 5,00. — Nr. 34. 11,60. — Nr. 35. 10,35. — Nr. 38. 16,10. — Nr. 37. 24,25. — Nr. 39. 25,75. — Nr. 41. 9,00. — Nr. 43. 4,50. — Nr. 44. 5,50. — Nr. 46. 4,00. — Nr. 47. 9,25. — Nr. 49. 30,00. — Nr. 50. 5,30. — Nr. 51. 2,75. — Nr. 54. 2,50. — Nr. 57. 3,25. — Nr. 58. 4,25. — Nr. 59. 4,00. — Nr. 61. 4,50. — Nr. 62. 7,90. — Nr. 63. 3,00. — Nr. 64. 9,55. — Nr. 67. 10,00. — Nr. 71. 9,00. — Nr. 72. 22,25. — Nr. 75. 6,75. — Nr. 78. 9,20. — Nr. 77. 4,00. — Nr. 79. 4,50. — Nr. 80. 4,20. — Nr. 83. 16,50. — Nr. 88. 13,05. — Nr. 91. 10,50. — Nr. 92. 3,75. — Nr. 93. 7,40. — Nr. 94. 20,80. — Nr. 95. 2,50. — Nr. 108. 8,75. — Nr. 109. 5,50. — Nr. 125. 8,45. — Nr. 136. 19,70. — Nr. 138. 5,00. — Nr. 141. 24,75. — Nr. 142. 8,00. — Nr. 145. 9,80. — Nr. 153. 29,00. — Nr. 154. 3,75. — Nr. 155. 4,50. — Nr. 159. 16,00. — Nr. 160. 11,70. — Nr. 162. 4,00. Summa 621,82.

Wir bitten, die noch ausstehenden Listen baldigst einzuliefern. Die Zeitungskommission.

*) Diese angeblichen „zahlreichen Rivaltäten“ existiren natürlich gar nicht. Die Liberalen belügen sich selbst, um nicht die vollkommene Einigkeit der Socialisten einzugehen.

Folgende Annoncen-Depots sind erschöpft: Berlin, Maurer, — do. Schneider, — Emsbüttel, — Eppendorf-Winterhude, — Bremen, Cordes, — do., Schuhmacher, — Barmen, Joll, — do., Manufakturarbeiter, — Barmbed, Simon und Hartlieb, — Hamburg, Zimmerer, — do., Maurer, — Ottenfen, Herbold, — Rothenburgsort, Gadow. — Um schleunige Erneuerung ersucht Die Expedition.

Bekanntmachung.

Für Altona sind die Filial-Expeditionen für den „Neuen Social-Demokrat“, „Volkstaat“ und „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ dem Herrn A. Carlsson, Bürgerstr. 80, übertragen und finden Annoncen nur Aufnahme, wenn von diesem eingekauft.

In voriger Nummer (148) unseres Blattes war diese Bekanntmachung unrichtig, worauf wir hierdurch besonders aufmerksam machen.

Die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“.

Diejenigen Parteigenossen, welche den Vertrieb der Probe-Nummer der „Berliner Freien Presse“ übernehmen wollen, fordere ich auf, Sonntag, Vormittag halb 11 Uhr, Sophienstr. 15, zu erscheinen. — Jeder, der Interesse an unserer Sache hat, sei am Plage. A. Heinsch.

Wir machen unsere Berliner Abonnenten auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt für die „Berliner Freie Presse“ aufmerksam. Die Expedition.

Briefkasten.

Philipp Krebs, Schneider, aus Odersheim, zuletzt wohnhaft in Remscheid, wird ersucht, seine genaue Adresse mir umgehend zuzuschreiben. Parteigenossen, welche dieselbe wissen, werden gebeten, diese an meine Adresse schleunigst gelangen zu lassen.

Hannover. Versammlungs-Annonce für Freitags-Nummer zu spät eingetroffen.

Die in Weiskensee projectirte Volksversammlung auf Sonntag, den 18. d., kann eingetretener Hindernisse wegen nicht stattfinden. A. G. R. B. in B. Keine Adresse ist jetzt bei Pieper, Kleine Werthstraße 13, Barmen. Alexander Schleginger.

Anzeigen.

Berlin.

Arbeiterversammlungen:

Sonnabend, 18. Dez., Ab. 8 Uhr, 1) Graßweil's Bierhallen, ob. Saal. 2) Gassestr. 57 bei Joller.

Montag, 20. Dez., Abends 8 Uhr, 1) Mariannenstr. 31, Industriehallen.

Die Frauen-Emanzipation. Vortrag des Herrn Adam. Verschiedenes.

2) Landwehrstr. 11, bei Meister. Vortrag des Hrn. Dr. Kunz. Versh. Allgemeine Bethelligung notwendig.

(F. 24.) A. Heinsch. [3,20]

Billets zum Sylvester-Fest in allen Versammlungen. Erhöhter Kassenpreis.

Berlin.

Freitag, 21. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, im Kouisenthädtischen Theater,

Großes Sylvester-Fest

des Socialistischen Arbeiter-Wahlvereins.

Karten vorher 50 Pf., an der Kasse 75 Pf. Billets in allen Versammlungen und bei

(F. 29.) A. Heinsch. [2,20]

Gr. Frankfurterstr. 118a., II.

Berlin.

Dienstag, 21. Dezember, Abends 8 Uhr,

bei Vogel, Alexanderstr. 31.

Deffentliche Versammlung

der Berliner Zimmerer.

L.D.: Vortrag des Herrn August Kapell über „Büdensee“.

Um zahlreichen Besuch bittet

(F. 28.) Otto Kapell. [2,20]

Berlin.

Dienstag, 21. Dezember, Abends 8 Uhr,

Kommandantenstr. 77-79,

General-Versammlung

des Vereins der Maler.

Verschiedenes. Der Vorstand. [1,20]

Berlin.

Sonntag, den 19. December, Vorm. 10 Uhr, Ritterstr. 7,

Generalversammlung des Berliner Metall-Arbeiter-Vereins.

Vortrag des Hrn. Radow. Mitgl. werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Werthmann. [1,20]

Hamburg.

Mittwoch, den 22. Dec., Abends 7 1/2 Uhr,

bei Herrn Ohl, Spitalerstr. 18,

Deffentl. Versammlung

der Bau-, Land-, Erd- und Fabrik-Arbeiter.

L.D.: Ist die Organisation der Arbeiter notwendig oder nicht? Welche Vortheile bietet dieselbe?

(F. 1.) F. Krohn. [2,40]

Hamburg.

Montag, 20. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,

im Salon zum Roland, 1. Jakobstr. 19,

Sitzung des Agitationscomitees

deutscher Sipser und Stuckateure von Hamburg-Altona.

(F. 1.) F. Beder. [1,80]

Hamburg-Altona-Ottenfen.

Montag, 20. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,

in Gottschalk's Clubhotel, Thalfstr. 97, St. Pauli,

General-Versammlung

des Unterstützungs-Vereins.

L.D.: Vorstandswahl. Verschiedenes.

(F. 20.) Chr. Graßmann. [2,00]

Altona.

Dienstag, 21. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr,

in Heinsch's Salon,

Mitgliederversammlung

des Allg. d. Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeitervereins.

L.D.: Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Mitglieder C. Bull und Webe, wie auch sämtliche Mitglieder des früheren Vereins der Maurer-Arbeitsleute und Erdarbeiter werden eingeladen.

(F. 20.) D. Cordes. [3,00]

Altona.

Am ersten Weihnachtstage,

Großes Vokal- & Instrumental-Concert,

unter gütiger Mitwirkung der Liedertafeln „Egalite“ und „Britannica“.

Karten im Voraus 30 Pf. Kassenpreis 45 Pf., gültig für einen Herrn nebst Dame. Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Alle Parteigenossen werden freundlichst eingeladen. (F. 20.) J. A. Hermann Gundlach. Dem Schneidermstr. J. Wurm in Kiel zu seinem diesjährigen Wiegensfest ein dreifach donnerndes Hoch! [1,50]

Bremen.

Wie alljährlich, so auch in diesem Jahr, am

ersten Weihnachtsfeiertage

großartige

Weihnachts-Feier,

bestehend in

Concert, Vorträgen, Verloosung und Kinderbelustigung an den Weihnachtsbäumen.

Zooke, à 30 Pf., sind an der Kasse zu haben und dienen zugleich als Eintrittskarte. Anfang 5 Uhr.

Wir ersuchen Parteigenossen und Freunde, zu der Verloosung uns mit Geschenken zahlreich unterstützen zu wollen.

Für Geschenke im Werthe von 75 Pf. wird 1 Loos gratis verabfolgt, und werden zu jeder Tageszeit im Vereinslokal (Euer's Hotel) entgegengenommen.

Es ladet ergebend ein

(F. 67.) Das Festcomité [5,00]

der Socialistischen Arbeiter-Partei.

Bremen.

Am 3. Feiertag, den 27. Dezember,

in den festlich geschmückten Räumen der „Tonhalle“,

Großer Weihnachtsball.

Eröffnung des großartigen Wintergartens.

Karten, à 60 Pf., sind zu haben (siehe Lokalanzeige). Kassenpreis 75 Pf.

Anfang 5 Uhr.

(F. 67.) Das Festcomité [2,28]

der Socialistischen Arbeiter-Partei.

Bremen.

Montag, den 20. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,

(„Hermannshalle“),

Deffentl. Versammlung

der Socialisti. Arbeiterpartei.

L.D.: Verbrechen und Strafen.

Referent: Herr Feid. [2,00]

(F. 67.) Zutritt frei für Jedermann.

Ueterjen.

Am 2. Weihnachtstage, Nachm. 4 Uhr, im Tivoli,

Arbeiterfest und Ball,

unter gefälliger Mitwirkung der Liedertafel aus Elmshorn.

Großer Tannenbaum-Verloosung und Festrede.

Karten hierzu sind im Voraus zu haben an den bekannten Stellen, für Herren 50 Pf., für Damen 15 Pf., an der Kasse erhöhte Preise. Hierzu ladet freundlichst ein (F. 77.) Das Comité. [3,00]

Bremen.

Donr., Sonntag, den 19. December,

in dem neubeforzten Salon in Euer's Hotel (Hermannshalle),

Soirée

der Partic Liberté.

Fremdenkarten à 75 Pf. an der Kasse. Anfang 5 Uhr.

Mitglieder und Freunde ladet ein

(F. 67.) Die Direktion. [2,40]

Hannover.

Am 1. Weihnachtstage, Nachm. 4 Uhr,

in den großen Sälen des Herrn Rarten,

Weihnachts-Fest

des Social-demokratischen Wahl-Vereins,

bestehend in

Concert und Ball,

sowie Tannenbaum-Verschönerung an die Kinder.

Karten zum Concert 30 Pf., für's ganze Fest 1 Mark. Karten sind bei den Kolporteurs, bei dem Vereinswirth Boge, bei Rudolph, Mittelstr. 11, und in allen Versammlungen zu haben.

Parteigenossen, seid alle am Plage.

(F. 100.) J. A.: S. Rudolph. [4,00]

Frankfurt a. M.

Sonntag, 26. Dez., (1. Weihnachtsfeiertag), Abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Pfuhl, Zeit 47,

Gemüthliche

Abend-Unterhaltung,

verbunden mit

Tannenbaum-Verloosung.

Gegenstände nehmen entgegen D. Pfuhl, Zeit 47; D. Fleming bei Herrn Bogt, Saalgaße 29; E. Müller, alte Schlessinger-gasse 14; D. Prinz, Döllingstr. 2.

Für jeden Gegenstand, welcher jedoch den Werth von mindestens 70 Pf. repräsentiren muß, wird ein Loos verabfolgt.

Parteigenosse Frohne wird anwesend sein. — Ich ersuche die Parteigenossen, sich zahlreich an dieser Festlichkeit zu betheiligen.

Entrée 20 Pf.

Im Auftrage des Comités:

(F. 100.) D. Prinz. [4,60]

Dresden.

Auf Beschluß der letzten Partei-Versammlung sollen Sonntag, den 20. und 27. December, die Versammlungen aus, finden aber von da an wieder regelmäßig Montags statt. Die Restanten werden ersucht, ihre Beiträge an denselben Tagen im Verkehrslokale Galeriestraße 1 zu entrichten. (F. 79.) Der Agent. [1,80]

Eberfeld.

Montag, 20. Dezember, Abends 8 Uhr,

bei Herrn Hunschick, Friedrichstraße,

Mitgliederversammlung

des Eberf. Arbeiter-Vereins.

In demselben Lokale findet am 1. Weihnachtstage eine Abend-Unterhaltung statt. (F. 88.) P. Hattenberger. [1,60]

!! Neue Zeitung !!

Vom 1. Januar 1876 ab erscheint in Berlin unter dem Titel:

Berliner Freie Presse

(Motto: Freiheit! Gerechtigkeit!) eine große, unabhängige Tageszeitung, mit der illustrierten Sonntags-Gratis-Beilage

Die Neue Welt,

(Blätter für Unterhaltung und Belehrung, in Form und Ausstattung der „Gartenlaube“, 8 Seiten gr. Quart)

zum Preise von vierteljährlich 4,00 Mark, monatlich 1,35 Mark.

Man abonniert bei allen Post-Anstalten und Expediteuren.

Annoncen kosten die fünfspaltene Zeile für Geschäftsanzeigen 25 Pf., für den Arbeitsmarkt 10 Pf.

Allen Gönnern einer wirklich „freien Presse“ empfehlen obige Zeitung zum Abonnement.

Berlin, 16. Dezember 1875.

Die Zeitungs-Kommission.

Englischleder = Anzüge

(anerkannt beste Qualität)

versenden vollfrei gegen Postnachschuß Jaquet Nr. 17,00, Hese 9,60, in weiß 9,50, Weste Nr. 4,00, helles Englischleder pr. Meter Nr. 3,60. (F. 84.) [4,50]

Henry Isaacs n. Co., Altona, Al. Eldstr. 22, im alt. engl. Laden.

Reinen geehrten Parteigenossen empfehle mein Uhrmacher-Geschäft. Reparaturen unter 1 Jahr. Garantie. A. Gräger, Uhrmacher, Skaliherstr. 120, Ecke Mariannenstraße, Berlin 80. [3,00]

Reinen geehrten Parteigenossen empfehle mein Uhrmacher-Geschäft. Reparaturen und neue Uhren unter mehrjähr. Garantie. (F. 110.) D. Ellinghausen, Uhrmacher, Alexanderstr. 44.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich zu allen im Schuhmachersach vorkommenden Arbeiten [2,50]

Otto Wolffschläger, Al. Schloßstr. 720.

Gästrow.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich zu allen im Schuhmachersach vorkommenden Arbeiten [2,50]

Otto Wolffschläger, Al. Schloßstr. 720.